

Ein Land sucht einen Retter

Ausgerechnet vom 88-jährigen Béji Caïd Essebsi erwarten die Tunesier die Vollendung der Revolution

Tunesien will Stabilität und Sicherheit statt revolutionäre Turbulenzen und islamistische Experimente. Die Popularität des greisen Politikers Béji Caïd Essebsi lässt sich als Wunsch nach einem Wiederaufleben der Zeiten Bourguibas lesen.

Beat Stauffer

Der Bannerträger einer Revolution sieht anders aus: Béji Caïd Essebsi, 88 Jahre alt, ist denkbar ungeeignet, die Werte einer Revolution zu verkörpern, die von verzweifelten und frustrierten jungen Menschen im öden Hinterland Tunesiens angestossen worden ist. Und dennoch hat der alte Politiker, der noch unter Bourguiba als Minister und in den ersten Jahren der Ben-Ali-Diktatur als Parlamentspräsident gewirkt hatte, bevor er sich aus der Politik zurückzog, kürzlich bei den Präsidentschaftswahlen mit grossem Abstand das beste Resultat erzielt. Nun wird es am 21. Dezember zu einer Stichwahl kommen, in der Essebsi gegen den derzeitigen Amtsinhaber Moncef Marzouki antreten muss.

Sanfte Restauration

Dass ein Mann dieses Alters schon im ersten Wahlgang beinahe das absolute Mehr erreichte, sagt viel aus über die Zustände im nachrevolutionären Tunesien. Es ist sonnenklar: Béji ist nicht der Vertreter einer wie auch immer gearteten Revolution, sondern der «Retter des Vaterlands», um es mit dem Pathos zu formulieren, das in Tunis gang und gäbe ist. Nur Essebsi trauen die Tunesier zu, das schlingende Schiff wieder auf Kurs zu bringen, die drohenden Gefahren vom Land abzuwenden und die massiven Fehler zu korrigieren, welche die sogenannte Troika-Regierung und auch Präsident Moncef Marzouki verursacht haben.

Dass sich terroristische Gruppierungen, welche mit der Kaida liiert sind, in einer gebirgigen Gegend an der Grenze zu Algerien festgesetzt haben, ängstigt die Tunesier ebenso wie die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Vor allem aber trauen viele Tunesier einzig Essebsi zu, der Nahda und ihrem Projekt einer dauerhaften Islamisierung der Gesellschaft einen Riegel zu schieben. Hunderttausende dürften dem greisen Politiker ihre Stimme gegeben haben, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass sie eine klar säkulare Gesellschaft wünschen und die Religion auf einen privaten Bereich beschränkt wissen wollen.



Bald kann einer der beiden Präsidentschaftskandidaten seinen Versprechungen Taten folgen lassen.

ZOUBEIR SOUSSI / REUTERS

Zwar trifft es zu, dass Essebsi die säkularen Werte der Revolution vertritt – etwa Arbeit, Würde, Freiheit. Doch gleichzeitig gehörte und gehört er stets zum Politestablishment und ist denkbar weit entfernt von den unzufriedenen jungen Menschen, welche die Revolution ausgelöst hatten. Dazu kommt, dass er sich zwar unter Ben Ali nicht kompromittiert hat, aber auch nicht als aktiver Oppositioneller aufgefallen war.

Der gute alte Bourguiba

Essebsi steht für eine sanfte Restauration; nicht des Ben-Ali-Regimes, sondern des Bourguibismus. Viele mögen darin kein Problem erblicken; unter dem Präsidenten Bourguiba wurden wesentliche Errungenschaften der tunesischen Republik geschaffen – etwa die Emanzipation der Frauen und der Aufbau eines vergleichsweise guten Bildungswesens. An diese Zeit wieder anzuknüpfen, scheint diesen Tunesiern höchst wünschenswert. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass auch der Bourguibismus seine Schattenseiten hatte und dass Tunesien unter Essebsi riskiert, eine fade Kopie der Bourguiba-Ära zu reproduzieren. «Essebsi

hat nicht einmal in Umrissen skizziert, wie er Tunesien aus der jetzigen Krise herausführen will und was er für Pläne für die Zukunft hat», sagt etwa der Jurist Ridha Fraoua. Die Sammelbewegung Nidaa Tounes riskiere denn auch, schon bald nach den Wahlen auseinanderzubrechen.

Anderer bemängeln, dass Nidaa Tounes die säkularen Kräfte mit enormem Druck dazu bewegt habe, den «Einheitskandidaten» Essebsi zu wählen, um eine Aufsplitterung der Wählerstimmen zu verhindern. Es sei eine Schicksalswahl, lautet die Parole; entweder Essebsi oder die Islamisten. «Es ist, als hätten die Tunesier vergessen, dass der Funke, der die Revolution ausgelöst hat, die Selbsttötung eines jungen Gemüsehändlers war, der unter sozialen Ungerechtigkeiten litt», schreibt Habib Melakh. «Die einzige Sorge scheint zurzeit die Rettung des Landes zu sein.»

Windige Opportunisten

Doch weshalb sind so viele Tunesier der Meinung, das Land benötige dringend einen Retter? Drei Gründe dürften dafür massgebend sein. Erstens hat die islamistisch geprägte Troika-Regierung das Land in eine noch nie gesehene Krise gestürzt. Zwar ist anzuerkennen, dass nachrevolutionäre Turbulenzen auch unter einer säkular ausgerichteten Regierung unvermeidlich gewesen wären. Doch die enorme Nachsicht gegenüber gewaltbereiten islamistischen Gruppierungen hat zu einem gravierenden Sicherheitsproblem geführt. Gleichzeitig hat sich der Lebensstandard der einfachen Leute in den vergangenen vier Jahren dramatisch verschlechtert.

Ein zweiter, wichtiger Punkt ist die Enttäuschung über viele ehemalige Gegner des Ben-Ali-Regimes. Zeichneten sich die unter Ben Ali unterdrückten Islamisten durch Inkompetenz und ideologische Fixiertheit aus, so erwiesen sich viele der säkularen Kritiker des alten Regimes als windige Opportunisten, die auch äusserst heikle Allianzen eingingen, wenn sie ihrem Machterhalt diene. Dies gilt insbesondere für Marzouki und für den Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, Mustapha Ben Jaafar. Beide Politiker werden zwar in Europa gerne als Revolutionshelden gesehen, haben aber in Tunesien ein gewaltiges Imageproblem. Vor allem der ehemalige Menschenrechtsaktivist und Arzt Marzouki wird aufgrund seiner problematischen Amtsführung und der fehlenden Abgrenzung gegenüber der Nahda landesweit als «Hanswurst» und «Marionette» der Islamisten beschimpft. Fest steht: Marzouki man-

gelte es an Sensibilität. Wer gewaltbereite islamistische Prediger in den Präsidentenpalast einlädt und sich von den ebenfalls gewaltbereiten «Revolutionsschutzlizenzen» als Kandidat empfehlen lässt, hat seinen Kredit verspielt.

Wenn Essebsi gewählt werde, dann würden «Ströme von Blut fliessen», gab kürzlich einer der Wortführer dieser Ligen zu Protokoll. Dem ehemaligen Menschenrechtsaktivisten schien dies kein Grund zu sein, sich von diesen gewalttätigen Milizen zu distanzieren. Umso mehr wollen säkulare Kräfte mit allen Mitteln verhindern, dass dieser Erfüllungshelfer der Islamisten weiterhin im Präsidentenpalast von Karthago bleiben kann.

Die Enttäuschung über den Werdegang der ehemaligen Regimegegner, aber auch über das Verhalten anderer Politiker ist in Tunesien gewaltig. Sie hat unter der jüngeren Generation zu einem gefährlichen Desinteresse an Politik geführt. Larbi Chouika, einer der renommiertesten Analysten des Landes, hat diesen Sachverhalt wie folgt beschrieben: «Es gibt keine politische Klasse, sondern bloss Akteure mit aufgeblähtem Ego und ohne Sinn für das Gemeinwohl. Dieser Kampf der Egos hat entscheidend zum gegenwärtigen Politikverdruss beigetragen.»

Das Bild des starken Mannes

Die Unterstützung für den greisen Essebsi könnte drittens, so der Verfassungsjurist Ghazi Gherairi, auch noch tiefer liegende, kulturelle Gründe haben. In der Vorstellungswelt der Tunesier sei der Staatspräsident stets eine übermächtige Figur gewesen, sagt Gherairi: Übervater, Führer, Chef, oberster Kämpfer. Der Staatspräsident verkörpere «die nationale Transzendenz und das staatliche Imperium». Solche Vorstellungen dürften vor allem bei der Masse der schlecht gebildeten Menschen verbreitet sein; sie würden Essebsi zugutekommen und gegen Marzouki sprechen, der in den Augen vieler Tunesier die Würde seines Amtes nie verkörpert hat.

Unabhängig von solchen Erwägungen steht fest, dass der zukünftige Staatspräsident Tunesiens weit weniger Befugnisse haben wird als dereinst Ben Ali oder Bourguiba. Dies ist gewiss eine der Errungenschaften der tunesischen Revolution. Der prunkvolle Palast von Karthago mit seinen rund 3000 Angestellten passt genau genommen nicht mehr zur neuen Rolle, welche der neue Staatspräsident laut Verfassung innehat. Doch dies dürfte das geringste Problem für den zukünftigen Inhaber des obersten Amtes darstellen.

Afro-Islamismus

Die ADF-Miliz wütet in Ostkongo

Die jihadistische Miliz Allied Democratic Forces terrorisiert den Osten von Kongo-Kinshasa. Ihre Attacken haben seit November fast 200 Todesopfer gefordert. Der Islamismus ist im Zentrum von Afrika angekommen.

David Signer

Als ob Kongo-Kinshasa nicht schon genug Probleme hätte, kommt jetzt auch noch eine islamistische Terrorgruppe hinzu. Allied Democratic Forces (ADF) nennt sich die Bande. Mit Demokratie hat sie allerdings nichts am Hut. 184 Zivilisten haben die ADF in den letzten zwei Monaten in der Umgebung von Beni umgebracht. Die Stadt liegt im Osten des Landes, in der Provinz Nord-Kivu, die seit vielen Jahren von «Rebellen»-Gruppen aller Couleur heimgesucht wird. Dass nun allerdings auch Jihadisten in diesem Umfang in Ostkongo wüten, ist ein Novum.

Gekreuzigt und verstümmelt

Laut der Uno-Friedenstruppe in Kongo-Kinshasa (Monusco) hatten ADF-Terroristen bereits im Januar im Grenzgebiet zu Uganda Dörfer überfallen. Dabei wurden Mädchen vergewaltigt und geköpft. Dann kam es im Oktober zu Massakern in der Stadt Beni und im Dorf Eringeti mit fünfzig Toten, unter ihnen auch Frauen und Kinder, denen der Kopf an Mauern eingeschlagen wurde. Am 20. November griffen die ADF Dörfer am Rand des Virunga National Parks an, mit über fünfzig Todesopfern. In der ersten Dezemberhälfte wurden bei Angriffen achtzig Personen getötet, unter ihnen sogar Babys.

Befragungen von Human Rights Watch zeigen eine selbst für kongolesische Verhältnisse ungleiche Brutalität. Die Jihadisten töteten wahllos Männer und Frauen mit Äxten und Macheten. Oft verstümmelten sie die Leichen und nahmen Körperteile mit. Frauen wurden verschleppt und zu Ehefrauen der Marodeure erklärt. Gefangene wurden gekreuzigt. Angeblichen Lügnern nähte man den Mund zu. Wer versuchte zu fliehen, musste zur Strafe tagelang in einem Erdloch oder einem zugenagelten Sarg ausharren.

Die Massaker intensivierten sich, nachdem die Armee im Januar mit Hilfe der Monusco gegen die ADF vorgegangen war. Allerdings wurden die Monusco-Einsätze von der Armee oft sabotiert, und überlebende Opfer berichteten, dass ihnen Soldaten in unmittelbarer Nähe nicht zu Hilfe kamen.

Jihadistische Achse

Die ADF entstanden aus der Gruppierung Uganda Muslim Freedom Fighters; diese hatte sich 1994 nach einer Niederlage gegen die ugandische Armee nach Kongo-Kinshasa abgesetzt und umbenannt. Dort erhielt die Bande Zulauf von der Uganda Muslim Liberation Army, die aus alten Anhängern des Diktators Idi Amin bestand. Auch zum Islam konvertierte Völkermörder aus Rwanda stiessen dazu. Der ADF-Anführer, Jamil Mukulu, ist ebenfalls Konvertit. Es heisst, es befänden sich Hunderte von Geiseln und Kindersoldaten in der Hand der Miliz.

Die International Crisis Group attestiert dem ADF grosse Widerstandskraft, unter anderem «dank ihrer Integration in die Grenzverkehr-Ökonomie und der Korruption der Sicherheitskräfte». Laut der Uno haben die ADF Verbindungen zur somalisch-islamistischen Miliz al-Shabab. Befürchtet werden auch Vernetzungen mit der jihadistischen Gruppe Boko Haram in Nordnigeria und dem Rebellenbündnis Séléka in Zentralafrika. Die ADF-Aktivitäten widerlegen die Behauptungen der Regierung, der Osten sei befriedet. Im Gegenteil: Der Jihadismus scheint in der Region erst so richtig zu beginnen, und es zeichnet sich eine islamistische Achse von der Ostküste des Kontinents bis in sein Zentrum ab.

ANZEIGE



JIMMY CHOO

SALE

VON HEUTE AN

BIS ZU 50% REDUZIERT

BAHNHOFSTRASSE 26 | ZÜRICH | +41 442 10 38 00
ZÜRICH@JIMMYCHOO.COM